

# dza aktuell deutscher alterssurvey

Heft 02/2021

Herausgeber:  
Deutsches Zentrum für  
Altersfragen

**Welche Veränderungen ihrer finanziellen Situation berichten Menschen in der zweiten Lebenshälfte nach der ersten Welle der Corona-Pandemie? Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys**

Laura Romeu Gordo, Heribert Engstler, Claudia Vogel, Julia Simonson & Alberto Lozano Alcántara



# **Welche Veränderungen ihrer finanziellen Situation berichten Menschen in der zweiten Lebenshälfte nach der ersten Welle der Corona-Pandemie? Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys**

*Laura Romeu Gordo, Heribert Engstler, Claudia Vogel, Julia Simonson & Alberto Lozano Alcántara*

## **Inhalt**

Kernaussagen .....	3
Einleitung .....	4
Daten und Methodik .....	7
Berichtete Veränderungen im Haushaltseinkommen seit Mitte März 2020 .....	9
Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Lebensstandard .....	15
Zusammenfassung und Diskussion .....	18
Literatur .....	20



## Kernaussagen

Im Juni und Juli 2020 wurde im Rahmen des Deutschen Alterssurveys (DEAS) eine Kurzbefragung zu den Auswirkungen der Corona-Krise durchgeführt. Im Mittelpunkt der Befragung von Menschen ab 46 Jahren standen Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen, die durch die Pandemie und die Eindämmungsmaßnahmen bei Menschen in der zweiten Lebenshälfte aufgetreten sind. Zudem berichteten die Befragten über wahrgenommene Veränderungen ihrer Einkommenssituation und ihres Lebensstandards seit Mitte März 2020.

- **Bei einem Fünftel der Menschen in der zweiten Lebenshälfte hat sich das Haushaltseinkommen in den ersten Monaten der Corona-Krise verringert.** Bei 5,4 Prozent der Personen ab 46 Jahren hat sich das Einkommen sogar stark verringert. Für drei Viertel der Menschen in der zweiten Lebenshälfte hat sich das Haushaltseinkommen dagegen seit Mitte März nicht verändert. Auf der Gegenseite hat sich bei 3,7 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe das Einkommen erhöht.
  - Haushaltseinkommen verringert, bei den Rentnerinnen lediglich für 8,4 Prozent. Bei Personen, die keine Rente beziehen, berichtet jeweils ein knappes Drittel der Männer und Frauen über Verringerungen im Haushaltseinkommen.
- **Rentnerinnen und Rentner berichten seltener eine Verringerung ihres Haushaltseinkommens als Personen, die keine Rente beziehen.** Bei 31,3 Prozent der Personen ohne Rentenbezug hat sich das Haushaltseinkommen verringert. Demgegenüber hat sich nur bei 11,4 Prozent der Rentnerinnen und Rentner das Haushaltseinkommen verringert.
  - **Bei Personen ohne Rentenbezug, die bereits vor der Corona-Krise über ein geringes Einkommen verfügten, hat sich das Haushaltseinkommen am häufigsten stark verringert.** Personen ohne Rentenbezug, die dem untersten Einkommensfünftel angehören, haben in den ersten Monaten der Corona-Pandemie häufiger als die anderen Einkommensgruppen Einkommensverluste erlebt. 17,9 Prozent der Personen in dieser Gruppe berichten einen starken Rückgang ihres Haushaltseinkommens. Von den Personen ohne Rentenbezug im obersten Einkommensfünftel geben dagegen nur 4,2 Prozent an, dass sich ihr Haushaltseinkommen in den drei Monaten nach März 2020 stark verringert hat.
- **Selbstständige sind von der Krise finanziell am schwersten betroffen.** 61,1 Prozent der Selbstständigen berichten von Einkommensverlusten, 22,7 Prozent von ihnen nennen sogar eine starke Verringerung ihres Einkommens. Rund ein Drittel der geringfügig Beschäftigten, der Angestellten und der nicht erwerbstätigen Personen geben eine Verringerung ihrer Haushaltseinkommen an.
  - **Je niedriger das Haushaltseinkommen ist, desto häufiger geht ein berichteter Einkommensrückgang auch mit einer Verschlechterung des empfundenen Lebensstandards einher.** Bei Personen mit niedrigen Einkommen, die eine Verringerung im Haushaltseinkommen erfahren, kann mehr als die Hälfte (55,4 Prozent) den subjektiven Lebensstandard nicht aufrechterhalten. Bei Personen mit hohem Einkommen gibt trotz Einkommensrückgang nur weniger als ein Viertel (22,3 Prozent) an, dass sich auch ihr Lebensstandard verschlechtert hat.
- **Rentnerinnen geben etwas seltener eine Verringerung ihres Haushaltseinkommens während der Corona-Krise an als Rentner.** Bei den Rentnern hat sich für 14,9 Prozent das

## Einleitung

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden ab März 2020 von der Bundesregierung und den Landesregierungen in Deutschland weitreichende Maßnahmen erlassen. Diese Maßnahmen, auch als erster Corona-Lockdown bezeichnet, beinhalteten u. a. erhebliche Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten, des Bildungssystems und der sozialen Kontakte. Sie führten zu einem Rückgang der Infektionszahlen. Gleichzeitig hatten diese Maßnahmen einschneidende Konsequenzen für das wirtschaftliche Leben: In vielen Branchen verzeichneten die Betriebe gravierende Umsatzeinbußen und sie nutzen bis heute häufig das Instrument der Kurzarbeit für ihre Beschäftigten (Bellmann et al. 2020). In anderen Branchen stieg die Nachfrage, im Gesundheitssektor war etwa ein erhöhter Bedarf an Gütern wie Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten zu verzeichnen. Auch die Nachfrage nach Personal etwa im Pflegebereich ist stark gestiegen – dabei waren hier bereits vor der Corona-Krise Engpässe zu verzeichnen (Bundesagentur für Arbeit, 2019), sodass der Mehrbedarf hauptsächlich über Überstunden gedeckt wurde. Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal um 10,1 Prozent gesunken, ein rekordverdächtiger Rückgang, der deutlich stärker ist als während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 (Statistisches Bundesamt, 2020).

In diesem DZA Aktuell gehen wir den Auswirkungen des ersten Corona-Lockdowns auf die selbstberichtete Einkommenssituation und den subjektiven Lebensstandard bei Menschen in der zweiten Lebenshälfte nach. Diese Erkenntnisse können dazu beitragen, auch derzeit und künftig notwendig werdende Maßnahmen zur Eindämmung von Epidemien angemessen zu gestalten und sie in ihren Folgen für die Ungleichheit der finanziellen Lagen in der Gesellschaft zu bewerten.

Wie sich ein Lockdown auf die Einkommenssituation der Menschen in der zweiten Lebenshälfte auswirkt, hängt unter anderem davon ab, ob und in welcher Weise die Erwerbssituation durch die Eindämmungsmaßnahmen betroffen ist. Dabei ist von diversen und unterschiedlich starken finanziellen Konsequenzen (Einkommenseinbußen versus Einkommenssteigerung) für verschiedene Personen- und Berufsgruppen auszugehen (Schröder et al. 2020). Bei geringfügig Beschäftigten ist zum Beispiel mit starken finanziellen Konsequenzen zu rechnen, da für diese Beschäftigungsgruppe keine Kurzarbeitergeldregelung greift und sie oft in der Gastronomie tätig sind, die umfassend von Schließungen betroffen ist (Grabka et al. 2020). Da Frauen häufiger geringfügig beschäftigt sind, ist von einer stärkeren finanziellen Betroffenheit der Frauen auszugehen.

Zudem hängen die finanziellen Auswirkungen davon ab, welche Veränderungen bei den staatlichen Transfers von politischer Seite vorgenommen werden. Hier sei etwa auf die Corona-Soforthilfen für Selbstständige verwiesen, aber auch auf die jährliche Anpassung der gesetzlichen Renten. Es ist zum Beispiel davon auszugehen, dass die finanzielle Situation der Personen mit Rentenbezug stabiler geblieben ist als die finanzielle Situation von Erwerbstätigen, da Alterseinkommen wie Renten und Pensionen bislang nicht von der Corona-Krise betroffen sind und auch die Rentenanpassung im Sommer 2020 wie geplant stattgefunden hat.

Ein möglicher Anstieg der Einkommensungleichheit durch die Corona-Krise lässt sich in erster Linie daran festmachen, ob Personen, die bereits vor der Pandemie niedrige Einkommen aufwiesen, häufiger und stärker von Einkommenseinbußen betroffen sind als Personen mit hohen Einkommen. Durch die Corona-Krise ist auch eine

Einkommenserhöhung für bestimmte Berufsgruppen zu erwarten, z. B. durch mehr bezahlte Überstunden, Prämien oder Absatzsteigerungen in Branchen mit erhöhter Nachfrage. Aber auch ein stabil bleibendes Einkommen in der Krise für einzelne Personengruppen kann die Einkommensungleichheit erhöhen, wenn andere Personengruppen durch die Krise Einkommensrückgänge erleiden. Wenn hauptsächlich Personen, die schon vor der Krise ein hohes Einkommen hatten, von dieser Einkommensstabilität oder -erhöhung betroffen sind, wird die Einkommensungleichheit ebenfalls verstärkt.

Wie Menschen ihren Lebensstandard bewerten, hängt mit ihrem Einkommen zusammen, ist aber nicht nur davon abhängig. In die Bewertung des Lebensstandards geht vor allem mit ein, wie gut Menschen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen die Bedarfe des täglichen Lebens abdecken können. Neben Kleidung und Ernährung betrifft das z. B. auch das Wohnen und die Deckung von Wohnnebenkosten für Heizung etc., sowie Kosten für Gesundheit und Pflege. Von Bedeutung für die Einschätzung des Lebensstandards ist auch, ob Menschen am sozialen und kulturellen Leben so teilhaben können und ihren Alltag so gestalten können, wie sie das möchten, oder ob ihnen dies aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Nun bringt die Corona-Krise Einschränkungen in fast allen Lebensbereichen mit sich, da Menschen ihren Alltag an Kontaktbeschränkungen und Hygiene- und Abstandsregeln sowie an Veranstaltungsverbote und vorübergehende Schließungen anpassen müssen. Zudem sind möglicherweise für viele Menschen im unteren Einkommenssegment die Lebenshaltungskosten gestiegen, sei es, da sie zeitweise nicht mehr auf etablierte Angebote wie kostengünstige Mittagessen in der Kantine oder günstige Lebensmittel bei der Tafel zurückgreifen konnten, oder weil karitative Angebote wie Suppenküchen und Nachbarschaftsläden keine kostengünstigen Mahlzeiten und kein gemeinsames

Kaffeetrinken mehr anbieten können. In den Monaten März bis Juli 2020 sind sehr viele ehrenamtliche und soziale Angebote weggefallen, wovon sicherlich besonders Menschen mit niedrigen Einkommen in ihrem Alltag betroffen sind.

Auch bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die subjektive Bewertung des Lebensstandards ist also von einer Vielfalt der Konsequenzen auszugehen. Eine Verschlechterung des Lebensstandards ist vor allem bei Personen zu vermuten, die nicht ausreichend über finanzielle Ressourcen verfügen, um einen Rückgang ihrer Einkommen oder den Wegfall von Unterstützung bei gleichzeitig konstant hohen oder steigenden Kosten im Corona-Alltag zu kompensieren. Dies wäre ein Indiz für eine steigende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft in Zeiten der Corona-Krise.

### *Forschungsfragen*

Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag folgende Forschungsfragen untersucht:

- In welchem Ausmaß waren Personen ab Mitte 40 in den ersten Monaten nach Beginn der Corona-Krise in Deutschland finanziell von dieser betroffen? Wie hoch sind insbesondere die Anteile der Personen, die berichten, dass ihr Haushaltseinkommen durch die Krise stark zurückgegangen ist?
- Geben Rentnerinnen und Rentner, die überwiegend nicht mehr im Arbeitsleben stehen, seltener an, durch die Corona-Krise finanziell beeinträchtigt zu sein als Personen im Erwerbsalter, die noch keine Rente erhalten?
- Lassen sich Unterschiede in der berichteten Einkommensentwicklung zwischen den verschiedenen Berufsgruppen erkennen? Erfahren Selbstständige häufiger Einkommenseinbußen als andere Erwerbstätigengruppen?

- Zeigen sich Geschlechterunterschiede? Berichten Frauen häufiger, durch die Corona-Krise finanziell stark betroffen zu sein als Männer?
- Verstärkt die Corona-Krise die Einkommensungleichheit? Gibt es Unterschiede zwischen den unteren und den höheren Einkommensgruppen hinsichtlich Häufigkeit und Umfang von Einkommensveränderungen?
- In welchem Maß wirkt sich eine Einkommensminderung auf die Bewertung des eigenen Lebensstandards aus? Unterscheiden sich die Auswirkungen der Einkommensminderung auf die Bewertung des Lebensstandards zwischen Gruppen mit niedrigen und hohen Einkommen?



## Daten und Methodik

### Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen in der zweiten Lebenshälfte. Im Rahmen der Studie werden seit mehr als zwei Jahrzehnten Frauen und Männer auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter regelmäßig befragt (1996, 2002, 2008, 2011, 2014, 2017, 2020). Dieser lange Beobachtungszeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten erlaubt einen umfassenden Einblick in das Älterwerden und die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Zudem kann durch das kohortensequenzielle Design der Studie Älterwerden im sozialen Wandel untersucht werden. Der Deutsche Alterssurvey ist daher eine zentrale Studie zu Alter und Altern in Deutschland. Mehr als 20.000 Personen haben bislang an der Studie teilgenommen. Befragt werden Personen, die zum Zeitpunkt der ersten Teilnahme 40 Jahre und älter sind. Die Teilnehmenden werden auf Basis einer nach Alter, Geschlecht und Region geschichteten Einwohnermeldeamtsstichprobe ausgewählt. Die Daten des Deutschen Alterssurveys sind daher repräsentativ für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung Deutschlands in der zweiten Lebenshälfte. Durch den Deutschen Alterssurvey können auch die Lebenssituationen in Krisenzeiten – wie wir sie aktuell aufgrund der Corona-Pandemie erleben – näher beleuchtet und besser verstanden werden.

Die jüngste Befragung fand im Zeitraum vom 8. Juni bis zum 22. Juli 2020 statt. Im Zentrum dieser Befragung standen Fragen zur aktuellen Lebenssituation sowie zu erlebten Veränderungen während der Corona-Pandemie in verschiedenen Lebensbereichen, etwa in sozialen Beziehungen, im Wohlbefinden und in der Erwerbsarbeit. Es haben 4.823 Personen ab einem Alter von 46 Jahren an der Befragung teilgenommen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutschen Alterssurveys, die bereits zuvor mindestens einmal an der Studie teilgenommen hatten, mit einem schriftlichen Fragebogen (anstatt wie bisher im persönlichen Interview) befragt. Diese jüngste schriftlich-postalische Kurzbefragung stellt den ersten Teil der siebten Welle des Deutschen Alterssurveys dar. Im zweiten Teil werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutschen Alterssurveys telefonisch interviewt – von November 2020 bis April 2021.

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Weitere Informationen zum Deutschen Alterssurvey (DEAS) finden sich unter [www.deutscher-alterssurvey.de](http://www.deutscher-alterssurvey.de).

Die Ergebnisse dieses Kurzberichts beruhen auf Auswertungen der im Juni/Juli 2020 durchgeführten schriftlichen Befragung von Personen im Alter ab 46 Jahren. In die Analysen einbezogen sind die Angaben der 4.796 Personen, die Angaben zur Entwicklung ihres Haushaltseinkommens gemacht haben. In die Analyse der finanziellen Auswirkungen auf die verschiedenen Einkommensgruppen sind jene 4.021 Personen einbezogen, für die zudem aus der vorherigen Befragung im Jahr 2017 Angaben zur Höhe des damaligen Haushaltseinkommens vorlagen.

- *Berichtete Veränderungen im Haushaltseinkommen:* Gefragt wurde, wie sich das gesamte Einkommen des Haushalts seit Beginn der Corona-Krise Mitte März 2020 verändert hat. Die Antwortkategorien bilden eine 5er Skala, die von ‚stark verringert‘ bis zu ‚stark erhöht‘ reicht. In den dargestellten Ergebnissen sind die Kategorien ‚etwas erhöht‘ und ‚stark erhöht‘ aufgrund der seltenen Nennung zusammengefasst.
- *Berichtete Veränderungen im Lebensstandard:* Gefragt wurde, wie sich der eigene Lebensstandard seit Beginn der Corona-Krise Mitte März 2020 verändert hat. Die Antwortkategorien bilden eine 5er Skala, die von ‚ist viel besser geworden‘ bis zu ‚ist viel schlechter geworden‘ reicht. In den dargestellten Ergebnissen sind die Kategorien ‚etwas besser geworden‘ und ‚viel besser geworden‘ aufgrund der seltenen Nennung zusammengefasst.

Die interessierenden Gruppenunterschiede werden durch einen deskriptiven Vergleich zwischen Personen mit und ohne Rentenbezug, Frauen und Männern, Erwerbsgruppen sowie Einkommensgruppen untersucht.

Rentnerinnen und Rentner sind Personen, die eine Altersrente, eine Erwerbsminderungsrente oder eine Pension beziehen. Personen ohne Rentenbezug dagegen sind Personen, die keine Rente oder Pension beziehen. Unter den Nicht-Rentenbeziehenden wird zwischen nicht Erwerbstätigen, Selbstständigen, Verbeamteten, geringfügig Beschäftigten und angestellten Personen unterschieden.

Die Einkommensgruppen mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen basieren auf Daten des Deutschen Alterssurveys (DEAS) 2017. Personen werden danach unterschieden, ob sie zu den unteren 20 Prozent (mit einem Einkommen bis zu 1.267 Euro), den mittleren 60 Prozent (mit einem Einkommen von 1.270 bis 2.667 Euro) oder zu den oberen 20 Prozent (mit einem Einkommen von 2.700 Euro und mehr) in der Verteilung des monatlichen *Nettoäquivalenzeinkommens* (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) der Personen in der zweiten Lebenshälfte gehören. Im Folgenden wird die Gruppe mit niedrigem Einkommen auch als unterstes Einkommensfünftel und die Gruppe mit hohem Einkommen als oberstes Einkommensfünftel bezeichnet.

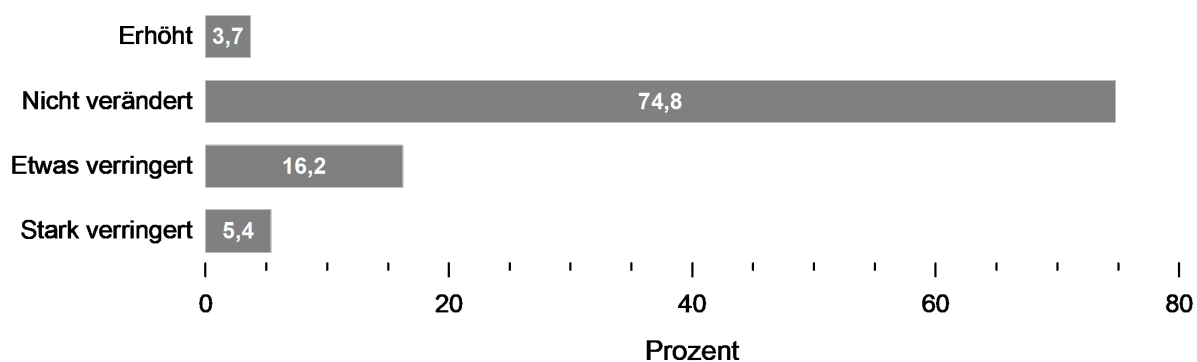
## Berichtete Veränderungen im Haushaltseinkommen seit Mitte März 2020

**Bei einem Fünftel der Menschen in der zweiten Lebenshälfte hat sich das Haushaltseinkommen in den ersten Monaten der Corona-Krise verringert**

Bei der im Juni/Juli 2020 durchgeführten Befragung des Deutschen Alterssurveys gaben 74,8 Prozent der Personen ab

46 Jahren an, dass sich ihr Haushaltseinkommen seit Mitte März nicht verändert hat. Bei einem Fünftel hat sich das Haushaltseinkommen seit Beginn der Corona-Krise verringert, bei 5,4 Prozent sogar stark verringert. Dagegen hat sich nur bei 3,7 Prozent der Personen das Haushaltseinkommen erhöht.

Abbildung 1: Berichtete Veränderungen des Haushaltseinkommens seit März 2020 (in Prozent)



Quelle: DEAS-Befragung Juni/Juli 2020, Personen ab 46 Jahren, n = 4.796, gewichtete Ergebnisse.

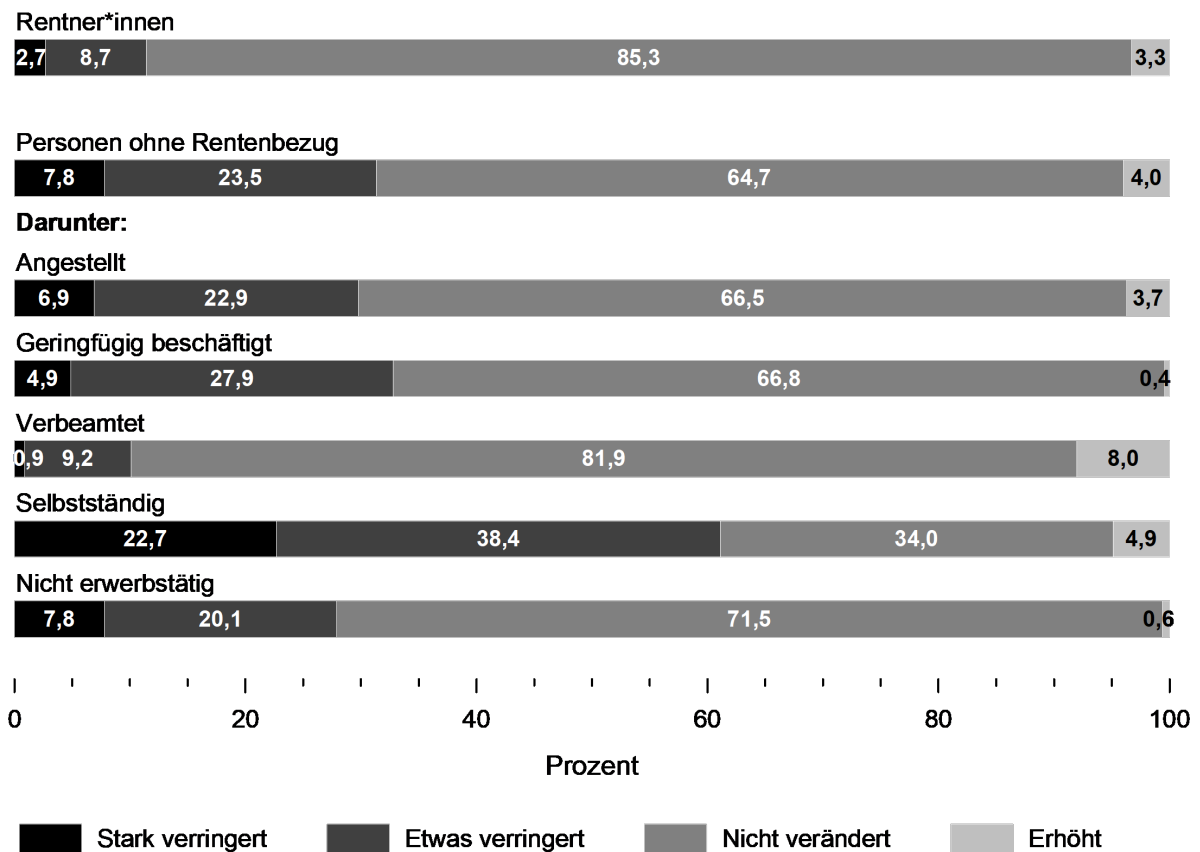
***Rentnerinnen und Rentner berichten seltener eine Verringerung ihres Haushaltseinkommens als Personen, die keine Rente beziehen***

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf das Einkommen hängen davon ab, ob man das Einkommen überwiegend durch Erwerbstätigkeit erzielt oder auf andere Weise (z. B. durch staatliche Transfers). Personen, die eine Altersrente, eine Erwerbsminderungsrente oder eine Pension beziehen, berichten seltener von einer Verringerung ihres Haushaltseinkommens während der Corona-Krise als Personen ohne Rentenbezug. Bei Personen, die keine Rente beziehen, handelt es sich überwiegend um Personen im erwerbsfähigen Alter. Bei 31,3 Prozent der Personen ohne Rentenbezug hat sich das Haushaltseinkommen verringert (bei 23,5 Prozent etwas, bei 7,8 Prozent stark verringert). Demgegenüber haben nur 11,4 Prozent der Rentenbeziehenden einen Einkommensrückgang erfahren (8,7 Prozent etwas, 2,7 Prozent stark), bei 85,3 Prozent ist das Haushaltseinkommen unverändert geblieben (Abbildung 2).

***Selbstständige sind von der Krise finanziell am schwersten betroffen***

Die finanzielle Betroffenheit von der Krise hängt für die Personen ohne Rentenbezug stark von der Erwerbsposition ab (Abbildung 2). Während nur 10,1 Prozent (9,2 Prozent etwas, 0,9 Prozent stark) der Verbeamteten von einer Verringerung des Haushaltseinkommens betroffen sind und sogar 8,0 Prozent über eine Erhöhung berichten, geben 61,1 Prozent der Selbstständigen Einkommensverluste an. 22,7 Prozent von ihnen haben sogar eine starke Verringerung erfahren. Damit sind sie die Erwerbsgruppe mit den größten finanziellen Verlusten in den ersten Monaten der Corona-Krise. Gleichzeitig geben 4,9 Prozent der Selbstständigen an, dass sich ihr Haushaltseinkommen erhöht hat. Diese beiden Trends führen zu einer Zunahme der Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Selbstständigen. Darüber hinaus gibt jeweils rund ein Drittel der geringfügig Beschäftigten, der Angestellten und der nicht erwerbstätigen Personen an, dass sich ihr Haushaltseinkommen verringert hat.

Abbildung 2: Berichtete Veränderungen des Haushaltseinkommens der Personen ohne und mit Rentenbezug seit März 2020 (in Prozent)



Quelle: DEAS-Befragung Juni/Juli 2020, Personen ab 46 Jahre, n = 4.734, gewichtete Ergebnisse.  
 Die Veränderung des Haushaltseinkommens ist zwischen Personen ohne und mit Rentenbezug signifikant verschieden. Auch die Veränderung im Haushaltseinkommen zwischen den Erwerbsgruppen ist signifikant verschieden.

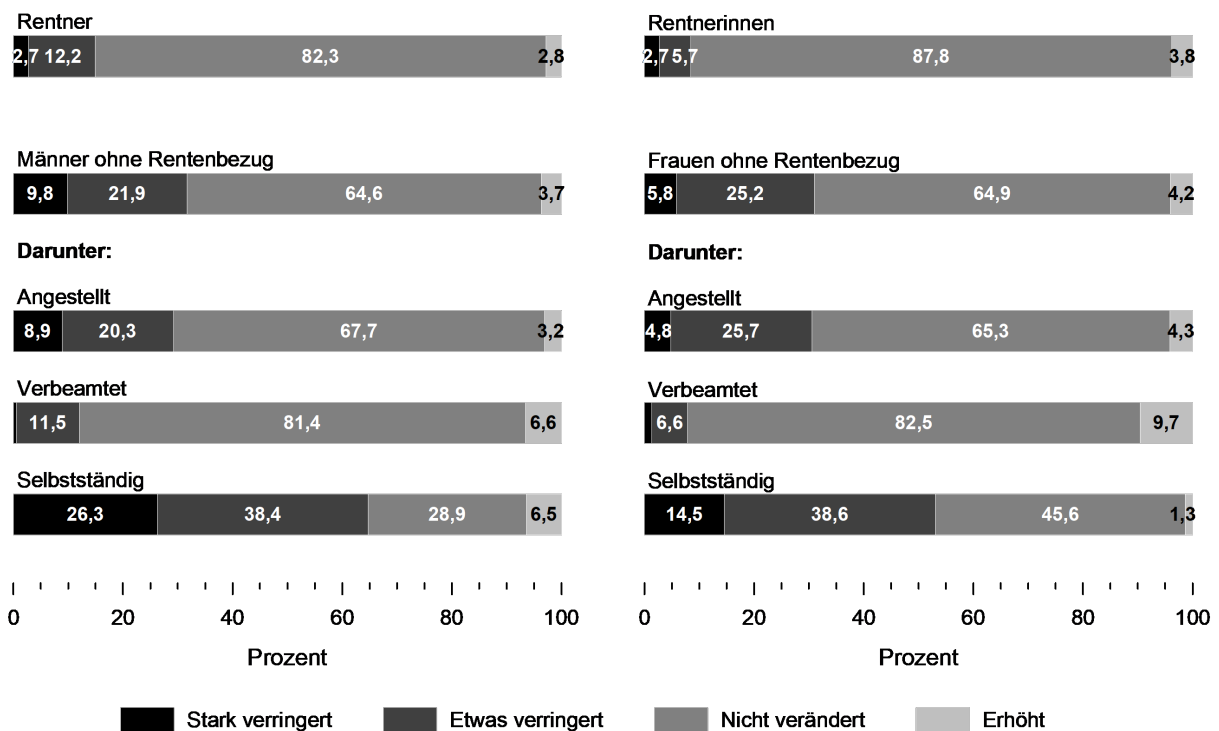
### **Rentnerinnen geben etwas seltener eine Verringerung ihres Haushaltseinkommens während der Corona-Krise an als Rentner**

Die berichtete Veränderung des Haushaltseinkommens in den ersten Monaten der Corona-Pandemie unterscheidet sich zwischen den Geschlechtern. Rentner erfahren etwas häufiger Einkommenseinbußen als Rentnerinnen (14,9 Prozent zu 8,4 Prozent, wenn man die Kategorien ‚etwas verringert‘ und ‚stark verringert‘ zusammen betrachtet). Rentnerinnen erleben hingegen häufiger als Rentner, dass ihr Haushaltseinkommen seit Mitte März unverändert geblieben ist (87,8 Prozent vs. 82,3 Prozent). Bei Personen, die keine Rente beziehen, ist der Geschlechterunterschied bei den Einkommenseinbußen geringer. So

berichten 64,9 Prozent der Frauen und 64,6 Prozent der Männer ohne Rentenbezug über keine Veränderung im Haushaltseinkommen.

Geschlechterunterschiede in den berichteten Veränderungen des Haushaltseinkommens sind unter den Personen ohne Rentenbezug lediglich bei Selbstständigen zu beobachten. Während 26,3 Prozent der selbstständigen Männer angeben, dass sich ihr Haushaltseinkommen stark verringert hat, ist dies nur für 14,5 Prozent der selbstständigen Frauen der Fall. Selbstständige Männer berichten wiederum häufiger über eine Einkommenserhöhung (6,5 Prozent) als selbstständige Frauen (1,3 Prozent) (Abbildung 3). Allerdings sind die Veränderungen im Haushaltseinkommen zwischen selbstständigen Frauen und selbstständigen Männer nicht statistisch signifikant verschieden.

Abbildung 3: Berichtete Veränderungen des Haushaltseinkommens der Frauen und Männer nach Erwerbstatus seit März 2020 (in Prozent)



Quelle: DEAS-Befragung Juni/Juli 2020, Personen ab 46 Jahre, n = 4.734, gewichtete Ergebnisse. Die Kategorien ‚nicht erwerbstätig‘ und ‚geringfügig beschäftigt‘ werden nicht dargestellt, da bei Männern die Fallzahlen in diesen Kategorien zu gering sind.

Die Veränderung im Haushaltseinkommen ist zwischen Frauen und Männer mit Rentenbezug signifikant verschieden.

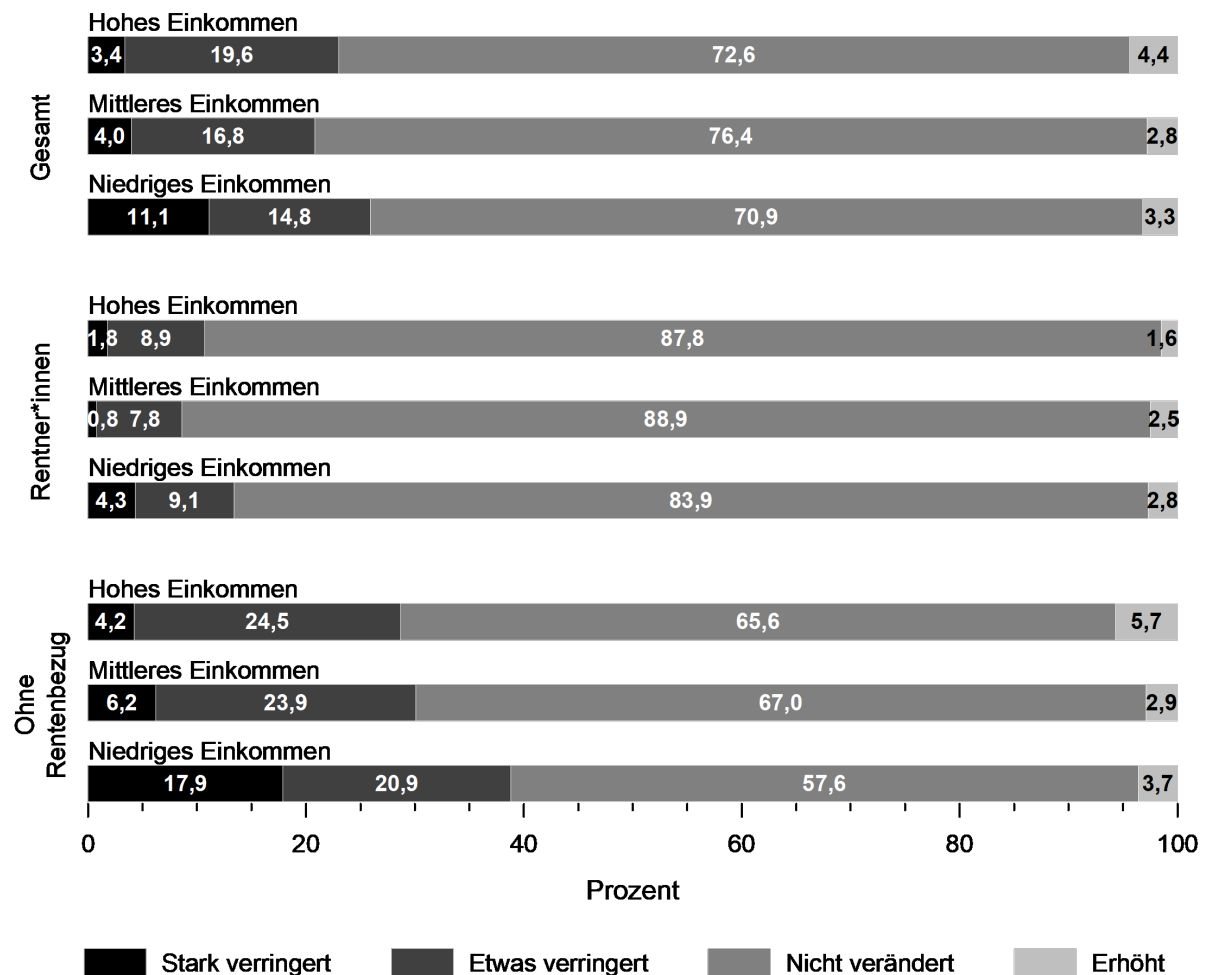
**Bei den Personen ohne Rentenbezug, die bereits vor der Corona-Krise über geringe Einkommen verfügten, hat sich das Haushaltseinkommen am häufigsten verringert**

Bei den Personen, die eine Altersrente, eine Erwerbsminderungsrente oder eine Pension beziehen, sind es diejenigen, die bereits vor der Corona-Krise über die geringsten Einkommen verfügten, deren Haushaltseinkommen sich am häufigsten verringert hat. So zeigt sich in der Gruppe der Rentnerinnen und Rentner in der unteren Einkommensgruppe bei 9,1 Prozent eine leichte und bei 4,3 Prozent sogar eine gravierende Verringerung. Rentenbeziehende der mittleren und oberen Einkommensgruppe geben seltener eine starke Verringerung des Haushaltseinkommens an. Allerdings sind die Veränderungen im Haushaltseinkommen zwischen den Einkommensgruppen der

Rentenbeziehenden nicht statistisch signifikant verschieden.

Die größten Veränderungen im Haushaltseinkommen zeigen sich bei Personen in der niedrigen Einkommensgruppe, die keine Rente beziehen: 20,9 Prozent berichten über eine leichte Verringerung und 17,9 Prozent über eine starke Verringerung ihres Einkommens während der Corona-Pandemie. Dagegen geben Personen ohne Rentenbezug mit hohem Einkommen zwar etwas häufiger (24,5 Prozent) einen leichten Einkommensrückgang an, aber viel seltener (4,2 Prozent) starke Einkommensrückgänge. Personen ohne Rentenbezug mit hohem Einkommen berichten zudem häufiger eine Erhöhung im Haushaltseinkommen als Personen mit niedrigem Einkommen (5,7 Prozent versus 3,7 Prozent) (Abbildung 4).

Abbildung 4: Berichtete Veränderung des Haushaltseinkommens nach Einkommensgruppen seit März 2020 (in Prozent)



Quelle: Deutscher Alterssurvey (DEAS) 2020. n=4.021. Gewichtete Angaben.

Hoch = obere 20 Prozent, Mittel = mittlere 60 Prozent, Niedrig = untere 20 Prozent in der Verteilung des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Personen in der zweiten Lebenshälfte (Basis DEAS 2017).

Die Veränderung im Haushaltseinkommen ist zwischen den Einkommensgruppen der Personen ohne Rentenbezug signifikant verschieden.

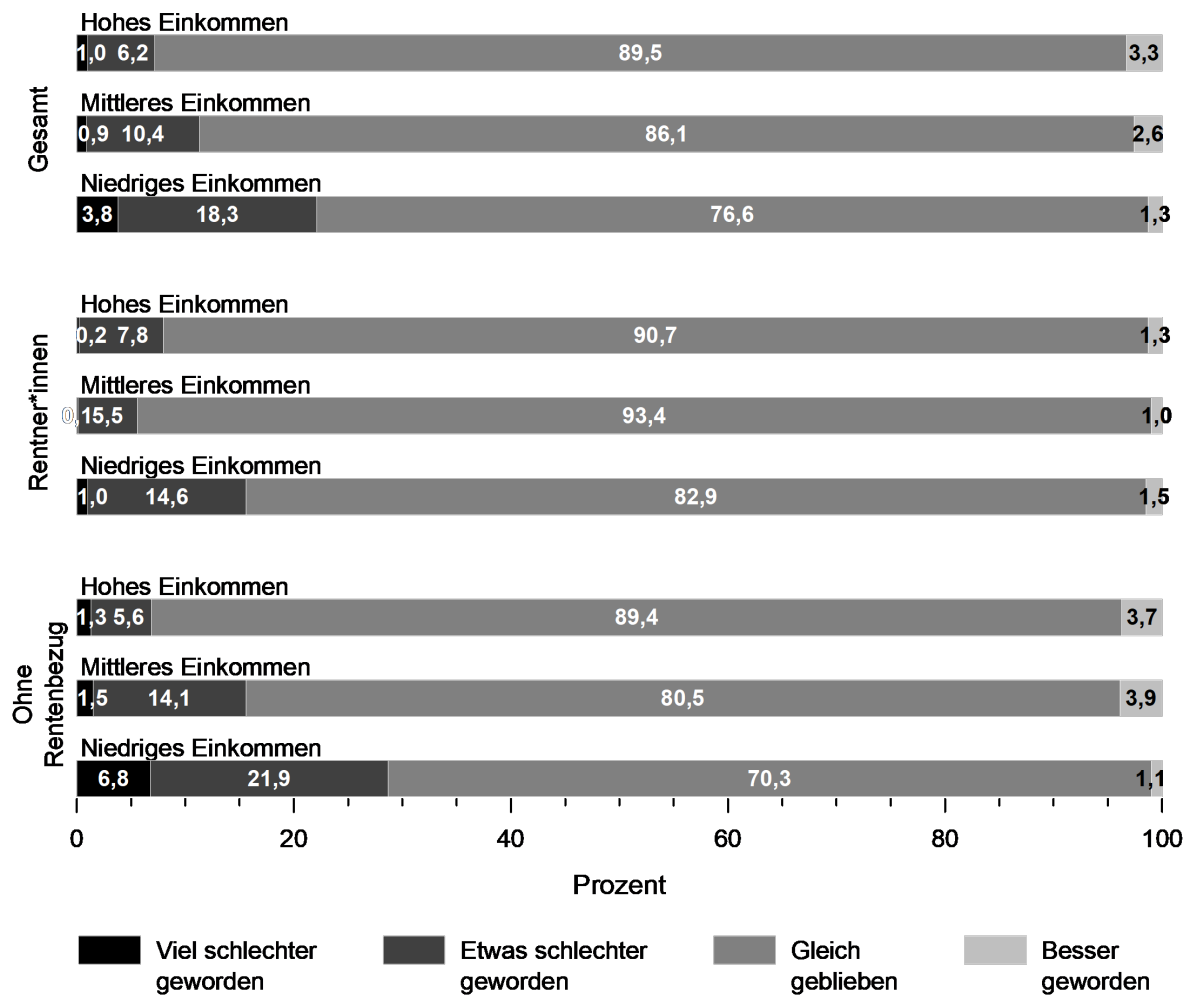


## Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Lebensstandard

Bei Personen im Ruhestand hat sich der subjektive Lebensstandard für diejenigen am häufigsten verschlechtert, die bereits vor der Corona-Krise über geringe Einkommen verfügten. Betrachtet man jene Personen mit Rentenbezug, die vor der Corona-Krise zu der untersten Einkommensgruppe gehörten, zeigt sich bei 14,6 Prozent eine leichte Verschlechterung und bei 1,0 Prozent eine gravierende Verschlechterung des subjektiven Lebensstandards. Bei Personen mit Rentenbezug in der oberen Einkommensgruppe berichten dagegen nur 7,8 Prozent über eine Verschlechterung des Lebensstandards. Für diese Gruppe bleibt der Lebensstandard meistens unverändert (90,7 Prozent) (Abbildung 5).

Noch deutlicher ist die Verschlechterung bei Personen ohne Rentenbezug: Mehr als jede vierte Person in der untersten Einkommensgruppe (28,7 Prozent) hat eine Verschlechterung des Lebensstandards erlebt („etwas schlechter“: 21,9 Prozent; „viel schlechter“: 6,8 Prozent). Bei Personen in der oberen Einkommensgruppe bleibt der Lebensstandard häufiger unverändert (89,4 Prozent). Nur 6,9 Prozent berichten über eine Verschlechterung im Lebensstandard (5,6 Prozent „etwas schlechter“; 1,3 Prozent „viel schlechter“) und 3,7 Prozent von ihnen sogar über eine Verbesserung (Abbildung 5).

Abbildung 5: Berichtete Veränderung im Lebensstandard von Personen nach Einkommensgruppen seit März 2020 (in Prozent)



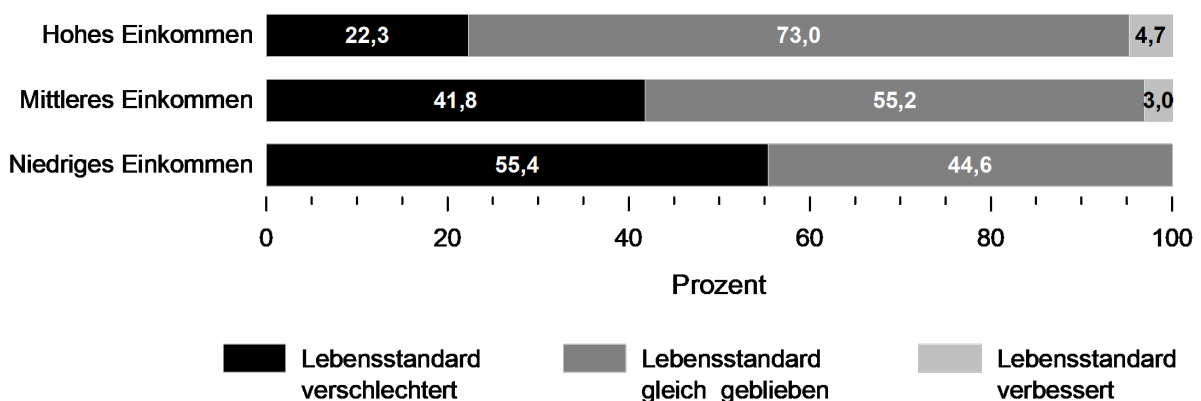
Quelle: DEAS-Befragung Juni/Juli 2020, Personen ab 46 Jahre, n = 4.013, gewichtete Ergebnisse.  
 Hoch = obere 20 Prozent, Mittel = mittlere 60 Prozent, Niedrig = untere 20 Prozent in der Verteilung des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Personen in der zweiten Lebenshälfte (Basis DEAS 2017).  
 Die Veränderung im Lebensstandard ist zwischen Einkommensgruppen der Personen mit und ohne Rentenbezug signifikant verschieden.

**Bei Personen mit niedrigem Einkommen führt ein Rückgang des Haushaltseinkommens häufiger auch zu einem Rückgang des Lebensstandards**

Nicht alle Personen, deren Haushaltseinkommen sinkt, erleben eine Verschlechterung des Lebensstandards. In Abbildung 6 wird der Zusammenhang zwischen berichteter Veränderung im Haushaltseinkommen und Veränderungen im Lebensstandard differenziert nach Einkommensgruppen betrachtet. Klar wird, dass sich für Personen mit niedrigem Einkommen eine Verringerung des Haushaltseinkommens deutlich häufiger in einer Verschlechterung des Lebensstandards widerspiegelt als für Personen mit hohem Einkommen.

Von den Personen mit niedrigem Einkommen (unterste 20 Prozent der Einkommensverteilung), die über eine Verringerung im Haushaltseinkommen berichten, konnte mehr als die Hälfte (55,4 Prozent) ihren Lebensstandard in der ersten Welle der Corona-Pandemie nicht aufrechterhalten. Bei den Personen mit hohem Einkommen (oberste 20 Prozent der Einkommensverteilung) zeigt sich ein völlig anderes Bild, denn nur 22,3 Prozent der Personen in dieser Einkommensgruppe, deren Einkommen sich verringert hat, berichten über eine Verschlechterung des Lebensstandards nach dem ersten Lockdown.

Abbildung 6: Veränderung des Lebensstandards bei Personen mit berichtetem Rückgang im Haushaltseinkommen seit März 2020 nach Einkommensgruppen (in Prozent)



Quelle: DEAS-Befragung Juni/Juli 2020, Personen ab 46 Jahre, die über eine Verringerung im Haushaltseinkommen berichten, n = 513, gewichtete Ergebnisse.

Hoch = obere 20 Prozent, Mittel = mittlere 60 Prozent, Niedrig = untere 20 Prozent in der Verteilung des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Personen in der zweiten Lebenshälfte (Basis DEAS 2017).

Die Veränderung im Lebensstandard ist zwischen Einkommensgruppen der Personen mit berichtetem Rückgang Haushaltseinkommen signifikant verschieden.

## Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Beitrag haben wir die Auswirkungen der ersten Welle der Corona-Pandemie auf die wahrgenommene finanzielle Situation der Menschen in der zweiten Lebenshälfte untersucht. In den ersten Monaten der Corona-Pandemie (März bis Juli 2020) zeigt sich bei einem Fünftel der Menschen in der zweiten Lebenshälfte eine Verringerung der Einkommen. Dabei lassen sich Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen feststellen. So hat sich das Haushaltseinkommen in den ersten Monaten der Corona-Pandemie besonders bei Personen ohne Rentenbezug verringert, denn die Erwerbseinkommen waren von vielen Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen – wie der Schließung von Teilen des Einzelhandels, der Gastronomie und des eingeschränkten Tourismus – direkt betroffen. Anders die Renten, die als staatliche Transfers bislang stabil geblieben sind. Gleichzeitig hat der Staat Hilfspakete geschnürt, um die aufgrund der Eindämmung der Corona-Pandemie entstandenen Einkommensausfälle bei Erwerbstätigen zumindest in Teilen zu kompensieren.

Innerhalb der Personen ohne Rentenbezug sind deutliche Unterschiede in den berichteten Einkommensveränderungen zu beobachten (vgl. auch Engstler, Romeu Gordo und Simonson 2020). So wurden Selbstständige finanziell am schwersten vom ersten Lockdown getroffen (siehe auch Kritikos et al. 2020). Circa 60 Prozent von ihnen haben Einbußen beim Haushaltseinkommen berichtet. Bei den geringfügig Beschäftigten sind es immerhin noch über 30 Prozent mit berichteten Einkommenseinbußen. Dieser relativ hohe Anteil ist damit zu erklären, dass geringfügig Beschäftigte keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben und in der Regel mit befristeten Arbeitsverträgen in Branchen (etwa der Gastronomie und dem Einzelhandel), die stark vom Lockdown betroffen sind, beschäftigt sind (Grabka et al. 2020). Obwohl auch etwa 30 Prozent der abhängig Beschäftigten über verringerte

Einkommen nach den ersten Monaten der Pandemie berichten, sind aufgrund der unterschiedlichen Absicherung der abhängig Beschäftigten langfristig stärkere finanzielle Konsequenzen vor allem für die geringfügig Beschäftigten zu erwarten.

Mit Blick auf die Geschlechterunterschiede erlebten Rentner häufiger als Rentnerinnen eine Verschlechterung ihres Haushaltseinkommens. Möglicherweise leben Rentner aufgrund des Altersunterschieds bei Paaren häufiger zusammen mit einer Partnerin im Haushalt, die noch im Erwerbsalter ist (Statistisches Bundesamt, 2019). Dadurch könnte das Haushaltseinkommen der Rentner häufiger von einem Wegfall oder einer Reduktion des Arbeitseinkommens der Partnerin betroffen sein. Dagegen leben Rentnerinnen häufiger mit einem Partner zusammen, der ebenfalls bereits eine Rente bezieht, sodass Frauen mit Rentenbezug häufiger berichten, dass das Einkommen ihres Haushalts während des ersten Lockdowns relativ stabil geblieben ist. Darüber hinaus sind Rentner deutlich häufiger erwerbstätig – und dabei normalerweise selbstständig tätig – als Rentnerinnen (Franke & Wetzel, 2017). Die Einnahmen der selbstständig tätigen Rentner sind möglicherweise durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in einem ähnlichen Ausmaß gesunken wie bei den Selbstständigen, die noch nicht im Rentenalter sind.

Es zeigt sich auch, dass Personen mit zuvor bereits niedrigen Einkommen deutlich häufiger von einer Verringerung ihres Einkommens berichten als Personen mit höheren Einkommen, und zwar sowohl in der Gruppe der Rentnerinnen und Rentner als auch in der Gruppe der Personen ohne Rentenbezug. Darüber hinaus geben Personen ohne Rentenbezug mit schon vor der Corona-Krise hohen Einkommen häufiger an, dass sich ihr Haushaltseinkommen erhöht hat, als Personen mit niedrigen Einkommen. So verstärkt die Corona-Krise die

Einkommensungleichheit innerhalb der Gruppe der Personen in der zweiten Lebenshälfte (siehe auch Kohlrausch et al., 2020).

Zu beobachten ist darüber hinaus, dass sich eine Verringerung im Haushaltseinkommen unterschiedlich auf den subjektiven Lebensstandard der Menschen in der zweiten Lebenshälfte auswirkt, und zwar abhängig davon, ob die Menschen finanziell besser oder schlechter gestellt sind. So ist bei mehr als der Hälfte der Personen, die bereits vor der Corona-Krise zur Gruppe mit niedrigem Einkommen gehörten, und deren Einkommen sich während der ersten Pandemiewelle verringert hat, eine berichtete Verschlechterung des subjektiven Lebensstandards zu beobachten. Bei Personen mit höheren Einkommen vor der Corona-Krise trifft dies nur auf ein Fünftel zu. Dies kann damit zusammenhängen, dass bei kleinen Einkommen bereits geringe Einkommensveränderungen eine größere Mangelsituation der Haushaltsfinanzen erzeugen. Menschen mit höheren Einkommen können hingegen auf Vermögen sowie Kapital- und Zinseinkommen zurückgreifen, um kurzfristige Einkommenseinbußen des Erwerbseinkommens, wie sie während der Corona-Pandemie auftreten, auszugleichen (Lejeune & Romeu Gordo, 2017).

Die Ergebnisse zeigen somit eine Pandemie-bedingte Zunahme der sozialen Ungleichheit in zweifachem Sinne: Zum einen sind Personen mit bereits niedrigem Einkommen in der zweiten Lebenshälfte deutlich häufiger von Einkommensverringerungen betroffen als Personen mit höheren Einkommen. Zum anderen unterscheiden sich die Auswirkungen des Einkommensrückgangs. Für Personen mit geringem Einkommen hat dieser deutlich gravierendere Auswirkungen auf den wahrgenommenen Lebensstandard als für Personen mit höheren Einkommen.

Aufgrund des dynamischen Infektionsgeschehens und des erneuten Lockdowns (teilweiser Lockdown ab Anfang

November 2020, strikter Lockdown ab Mitte Dezember 2020 bis mindestens Ende Januar 2021) ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklungen noch verschärfen werden und die soziale Ungleichheit der finanziellen Lagen zwischen Personen mit und ohne Rentenbezug sowie zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Haushalten in der Corona-Krise deutlich zunehmen wird. Deswegen sind neben den Subventionen für die stark vom Lockdown betroffene Gruppe der Selbstständigen und dem Kurzarbeitergeld für abhängig Beschäftigte weitere sozialpolitische Maßnahmen, die insbesondere auf die Niedrigeinkommensgruppen zielen, wichtig, um eine (weitere) Verschärfung der Einkommensungleichheit durch die Krise abzumildern.

Hinsichtlich der besseren Absicherung der in der Krise stark von Einkommenseinbußen betroffenen geringfügig Beschäftigten werden aktuell unterschiedliche Maßnahmen diskutiert: Beispielsweise wird vorgeschlagen Anreize zu schaffen, um Minijobs längerfristig in sozialversicherungspflichtige und somit besser abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln (Grabka et al. 2020), aber auch Minijobberinnen und Minijobbern temporär ein Anrecht auf Kurzarbeitergeld zu geben (Fratzcher 2020). Daneben sollten Gruppen mit niedrigem Einkommen, insbesondere auch die älteren Menschen mit geringem Alterseinkommen, deren Lebensstandard sich durch die Corona-Krise, beispielsweise durch Einschränkungen bei karitativen Angeboten wie den Tafeln, deutlich verschlechtert hat, mit alternativen Angeboten besser finanziell unterstützt werden.

## Literatur

- Bellmann, L., Kagerl, C., Koch, T., König, C., Leber, U., Schierholz, M., Stegmaier, J., & Aminian, A. (2020). *Kurzarbeit ist nicht alles: Was Betriebe tun, um Entlassungen in der Krise zu vermeiden* [IAB-Forum 25.09.2020]. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://www.iab-forum.de/kurzarbeit-ist-nicht-alles-was-betriebe-tun-um-entlassungen-in-der-krise-zu-vermeiden/> (Zuletzt aufgerufen am 12.01.2021).
- Bönke, T., & Schröder, C. (2015). *European-wide inequality in times of the financial crisis*. [Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin 14]. [https://doi.org/10.17169/FUDOCS\\_document\\_000000022373](https://doi.org/10.17169/FUDOCS_document_000000022373)
- Bundesagentur für Arbeit (2019). *Fachkräfteengpassanalyse* [Blickpunkt Arbeitsmarkt Dezember 2019]. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit. [https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201912/arbeitsmarktberichte/fk-engpassanalyse/fk-engpassanalyse-d-0-201912-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201912/arbeitsmarktberichte/fk-engpassanalyse/fk-engpassanalyse-d-0-201912-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1)
- Engstler, H., Romeu Gordo, L., & Simonson, J. (2020). *Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitssituation von Menschen im mittleren und höheren Erwerbsalter. Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys* [DZA Aktuell 02/2020]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. [https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/DZA\\_Aktuell/DZA\\_Aktuell\\_02\\_2020\\_Auswirkungen\\_der\\_Corona-Krise\\_auf\\_die\\_Arbeitssituation\\_von\\_Menschen\\_im\\_mittleren\\_und\\_hoeheren\\_Erwerbsalter.pdf](https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/DZA_Aktuell/DZA_Aktuell_02_2020_Auswirkungen_der_Corona-Krise_auf_die_Arbeitssituation_von_Menschen_im_mittleren_und_hoeheren_Erwerbsalter.pdf)
- Franke J., & Wetzel M. (2017). Länger zufrieden arbeiten? Qualität und Ausgestaltung von Erwerbstätigkeit in der zweiten Lebenshälfte. In: K. Mahne, J. Wolff, J. Simonson, C. Tesch-Römer (Hrsg.): *Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. S. 47–63). Wiesbaden: Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8_3)
- Fratzscher, M. (2020). *Corona-Hilfe: In der Pandemie vergessen*. Blog Marcel Fratzscher vom 14. Dezember 2020. [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.806780.de/nachrichten/corona-hilfe\\_\\_in\\_der\\_pandemie\\_vergessen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.806780.de/nachrichten/corona-hilfe__in_der_pandemie_vergessen.html) (Zuletzt aufgerufen am 12.01.2021).
- Grabka, M. M., Braband, C., & Göbler, K. (2020). Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. *DIW Wochenbericht*, 87(45), 841–847. [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.802083.de/publikationen/wochenberichte/2020\\_45\\_1/beschaeftigte\\_in\\_minijobs\\_sind\\_verliererinnen\\_der\\_coronabedingten\\_rezession.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.802083.de/publikationen/wochenberichte/2020_45_1/beschaeftigte_in_minijobs_sind_verliererinnen_der_coronabedingten_rezession.html)
- Hövermann, A. (2020). *Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona -- Auswirkungen für Erwerbstätige. Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020* [Policy Brief WSI Nr. 44/6]. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. [https://www.boeckler.de/download-proxy-for-faust/download-pdf?url=http%3A%2F%2F217.89.182.78%3A451%2Fabfrage\\_digi.fau%2Fp\\_wsi\\_pb\\_44\\_2020.pdf%3Fprj%3Dhbs-abfrage%26ab\\_dm%3D1%26ab\\_zeig%3D8954%26ab\\_diginr%3D8482](https://www.boeckler.de/download-proxy-for-faust/download-pdf?url=http%3A%2F%2F217.89.182.78%3A451%2Fabfrage_digi.fau%2Fp_wsi_pb_44_2020.pdf%3Fprj%3Dhbs-abfrage%26ab_dm%3D1%26ab_zeig%3D8954%26ab_diginr%3D8482)
- Kohlrausch, B., & Zucco, A. (2020). *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt – weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit* [Policy Brief WSI Nr. 40/5]. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. [https://www.boeckler.de/download-proxy-for-faust/download-pdf?url=http%3A%2F%2F217.89.182.78%3A451%2Fabfrage\\_digi.fau%2Fp\\_wsi\\_pb\\_40\\_2020.pdf%3Fprj%3Dhbs-abfrage%26ab\\_dm%3D1%26ab\\_zeig%3D8906%26ab\\_diginr%3D8483](https://www.boeckler.de/download-proxy-for-faust/download-pdf?url=http%3A%2F%2F217.89.182.78%3A451%2Fabfrage_digi.fau%2Fp_wsi_pb_40_2020.pdf%3Fprj%3Dhbs-abfrage%26ab_dm%3D1%26ab_zeig%3D8906%26ab_diginr%3D8483)

- Kohlrausch, B., Zucco, A., & Hövermann, A. (2020). *Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt* [WSI Report Nr. 62/11]. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_62\\_2020.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_62_2020.pdf)
- Kritikos, A. S., Graeber, D., & Seebauer, J. (2020). *Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbständige* [DIW aktuell 47]. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.791679.de/diw\\_aktuell\\_47.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.791679.de/diw_aktuell_47.pdf)
- Lejeune C., & Romeu Gordo L. (2017). Vermögen und Erbschaften: Sicherung des Lebensstandards und Ungleichheit im Alter. In: K. Mahne, J. Wolff, J. Simonson, C. Tesch-Römer (Hrsg): *Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)* (S. 111–124). Wiesbaden: Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8_7)
- Schröder, C., Entringer, T., Göbel, J., Grabka, M. M., Graeber, D., Kröger, H., Kroh, M., Kühne, S., Liebig, S., Schupp, J., Seebauer J., & Zinn, S. (2020). *Vor dem Covid-19-Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich* [DIW aktuell 41]. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.789499.de/diw\\_aktuell\\_41.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.789499.de/diw_aktuell_41.pdf)
- Statistisches Bundesamt (2019). *Lebenssituation von Männern – Ergebnisse des Mikrozensus 2017*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/lebenssituation-maenner-5122204179004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/lebenssituation-maenner-5122204179004.pdf?__blob=publicationFile)
- Statistisches Bundesamt (2020). *Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2020 um 10,1 % niedriger als im Vorquartal. Auswirkungen der Corona-Pandemie führen zu historischem Rückgang*. Pressemitteilung Nr. 287 vom 30. Juli 2020. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20\\_287\\_811.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_287_811.html) (Zuletzt aufgerufen am 12.01.2021)

## Impressum

Romeu Gordo, L. Engstler, H., Vogel, C., Julia Simonson, J., & Lozano Alcántara, A. (2021). Welche Veränderungen ihrer finanziellen Situation berichten Menschen in der zweiten Lebenshälfte nach der ersten Welle der Corona- Pandemie? Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys [DZA Aktuell 02/2021]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://doi.org/10.60922/c8vb-vh66>

ISSN: 2944-1021

Creative Commons CC-BY-Share Alike 4.0

Erschienen im Januar 2021.

DZA Aktuell ist ein Produkt des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin. Das DZA wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

[www.dza.de](http://www.dza.de)



